

FÜR FREIHEIT, SICHERHEIT UND WOHLSTAND

WARUM DIE UNION **S. 6**
DIE RICHTIGE WAHL FÜR DEUTSCHLAND IST



POLITIK IN 60 SEKUNDEN **4**

LAST-MINUTE-WAHLKAMPF **12**

IM PROFIL: JOACHIM HERRMANN **14**

POLITIK

4/5

POLITIK IN 60 SEKUNDEN

6-11

FÜR FREIHEIT, SICHERHEIT UND WOHLSTAND

12/13

DIE LETZTEN METER ENTSCHEIDEN

LIFESTYLE

14/15

IM PROFIL: JOACHIM HERRMANN



Schauen Sie sich das Magazin auch von der anderen Seite an.

VERBAND

16/17

JU – 4BERLIN

Herausgeber: Junge Union Bayern • Landesvorsitzender Dr. Hans Reichhart, MdL • /Mies-van-der-Rohe-Straße 1 • 80807 München • Telefon 089/1243-240 • ju@ju-bayern.de • www.ju-bayern.de • **Organisation:** Stephan Ebner, Landesgeschäftsführer • **Verlag:** politide gmbh • Stadtplatz 2 • 93155 Hemau • Telefon 09491/439003-0 • mail@politide.eu • www.politide.eu • **Redaktion:** Matthias Beer, Chefredakteur • Sandra Geißler • Andreas Huber • Jochen Meyer • Sebastian Faltenbacher, Art Direktion • Christian Swoboda, Reinzeichnung • correctus e. K., Lektorat • **Weitere Angaben:** Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG • Auflage: 31.000 Stück • Der bajuware erscheint drei Mal jährlich und wird an alle Mitglieder der JU Bayern sowie Funktions- und Entscheidungsträger versandt. • Derzeit gelten die Mediadaten 02/2016. **Bildnachweis von vorne:** AdobeStock (2, 3, 4, 5, 10, 11, 12, 13, 15, 16), Joachim Herrmann (14, 15), Junge Union Bayern (3, 16, 17), martindeja/shutterstock.com (8, 9), shutterstock.com (1, 4, 6, 7, 8, 9, 10), fotolia.de (4)

UNSER ANGEBOT FÜR EURE AKTIONEN ZUR BUNDESTAGSWAHL.

Kostenloses Leihmaterial aus dem Landessekretariat

- ✓ Bubblesoccer
- ✓ Hüpfburg
- ✓ Sumoringen
- ✓ LayBags (Luftsofa)
- ✓ Beachflags
- ✓ Barausstattung
- ✓ Ambientescheinwerfer
- ✓ Streuartikel

Mehr Informationen unter: www.derbajuware.de/leihmaterial



Liebe Freunde,

jetzt gilt es! Deutschland steht vor der Richtungsentscheidung bei der Bundestagswahl 2017. Wir wollen im Wahlkampf die Bürger mit unseren Ideen überzeugen. Und im Bayernplan der CSU steckt vor allem eines: ganz viel Junge Union!

Wir stellen junge Familien in den Mittelpunkt der Politik. Egal ob Kindergeld-erhöhung, Einführung des Baukindergelds, Erhöhung des Kinderfreibetrags oder Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer – wir haben uns mit unseren Ideen voll durchgesetzt. Gemeinsam wollen wir jungen Familien die besten Startvoraussetzungen für ein gutes Leben ermöglichen.

Doch auch bei der Finanzpolitik rücken wir Generationengerechtigkeit in den Mittelpunkt. Im Gegensatz zu den linken Parteien SPD, Grüne und Linke wollen wir die Bürger in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen nicht be-, sondern entlasten. Wir wollen denjenigen, die hart arbeiten und damit den Wohlstand unserer Gesellschaft erwirtschaften, etwas zurückgeben. Für uns eine Selbstverständlichkeit, aber leider nicht für den Rest der Republik, ist der Verzicht aufs Schuldenmachen. Mehr noch: Wir wollen den bayerischen Erfolgskurs auch auf den Bund über- und den Schuldenberg abtragen.

Beim Thema Sicherheit gilt für uns: klare Kante, klarer Kurs! Wir wollen eine Begrenzung der Zuwanderung, eine faire, europaweite Verteilung der Flüchtlinge und vor allem eine wirksame Bekämpfung der Fluchtursachen, da, wo es richtig ist: in den Heimatländern der Zuwanderer. Außerdem setzen wir uns auch für mehr Polizisten und eine zukunftsfähige Bundeswehr ein.

All das und noch viel mehr wollen wir für unsere Generation erreichen. Wir haben ein ganz tolles Team an Kandidaten, egal ob direkt oder auf der CSU-Liste. Mit Tobias Zech und Katrin Albsteiger an der Spitze zeigen insgesamt 22 JUlER Flagge für uns. Das zeichnet uns als Junge Union aus: Wir reden nicht nur, sondern übernehmen Verantwortung! Jetzt heißt es raus an die Wahlkampfstände, zu euren Aktionen, zu den Veranstaltungen. Wir sind der Motor der CSU – im Wahlkampf ganz besonders. Packen wir es zusammen an, damit wir am 24. September einen guten Tag für Bayern, für Deutschland und für Europa erleben.

Alles Gute und beste Grüße

Hans Reichhart

Dr. Hans Reichhart, MdL
Landesvorsitzender

BAJUWARE ONLINE
derbajuware.de/ePaper
MIT VIELEN EXTRAS!

POLITIK IN 60 SEKUNDEN

EUROPA

FÜR DEUTSCHLAND IST EUROPA EIN GLÜCKSFALL

Die CSU bekennt sich klar zu Europa. Kein anderes Land hat so sehr von der EU profitiert wie wir. Die deutsche und die europäische Einigung waren – nicht nur für die Bundesrepublik – Glücksfälle der Geschichte. Die EU hat unserem Kontinent Frieden und Wohlstand gebracht. Deutschland muss sich das täglich vor Augen führen. Die EU ist das größte Friedensprojekt in der Geschichte. Erst die Gründung der EU brachte dem Kontinent Frieden und Stabilität.

Angesichts der vielen nationalen Parteien in den Mitgliedsstaaten müssen Deutsche und Europäer wieder enger zusammenschließen und sich auf die gemeinsamen Werte und die gemeinsame Geschichte besinnen. Die EU ist ein Vorbild für viele andere Regionen in der Welt. Nationalismen wurden überwunden und ein gemeinsamer Staatenbund gegründet, von dem vor allem Deutschland profitiert. Der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, der wirtschaftliche Aufstieg und die Wiedervereinigung sind drei Pfeiler der deutschen Geschichte, die ohne die EU nicht zustande gekommen wären. Als Profiteur ist Deutschland auch verpflichtet, wieder etwas zurückzugeben und dazu beizutragen, nationale Egoismen zu überwinden und zurück zur Einheit zu finden. Nur gemeinsam ist Europa stark. Nicht die Einzelstaaten machen die Stärke der EU aus, sondern die Summe der Nationalstaaten. Dadurch kann sich die EU im internationalen Vergleich mit anderen Regionen messen. Gerade jetzt, da Europa vor einer großen Herausforderung steht, müssen wir zusammenstehen. Europa darf sich nicht spalten lassen. Alle Mitgliedsstaaten müssen sich wieder als Partner verstehen.



LEITKULTUR

WAS ZEICHNET UNS AUS?

Viele Autoren haben sich darüber den Kopf zerbrochen, was das Markenzeichen der Deutschen ist, was sie ausmacht. Jüngst hat sich auch Bundesinnenminister de Maizière zu Wort gemeldet. Sein Credo: Nur wenn wir wissen, wer wir sind und was uns ausmacht, wird der Zusammenhalt untereinander so stabil sein, dass die Integration unserer neuen Mitbürger gelingt. Damit beschreibt er das bayerische „Leben und leben lassen“ recht genau. Jeder Mensch darf sich hier frei entfalten, aber wir sind nicht diejenigen, die auf unsere Werte und Traditionen verzichten.

Die CSU sieht das genauso: Derjenige, der in unser Land kommt, muss unsere Leitkultur achten und unsere christliche Werteordnung respektieren. Dazu zählt, dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind. Wer das nicht akzeptiert, hat keinen Platz in unserem Land. Auch müssen wir uns unsere christlichen kulturellen Gepflogenheiten wie den St. Martinsumzug oder den Christkindlmarkt erhalten.



DIGITALISIERUNG, BREITBAND AUF GANZER WELLENLÄNGE ERFOLGREICH

Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Der Ausbau der Digitalisierung geht gut voran. Bund und Länder arbeiten hier Hand in Hand. Darauf können wir uns aber nicht ausruhen. Der derzeitige Ausbau der dafür notwendigen Infrastruktur ist nur ein Meilenstein. Wir müssen uns den Themen Digitalisierung, Breitband und Industrie 4.0 weiterhin verstärkt widmen, um auch in Zukunft

ein Vorreiter sein zu können. Deswegen ist es für den Freistaat umso wichtiger, die Chancen richtig zu erkennen und zukunftsweisend zu handeln. Heute müssen die Maßnahmen getroffen werden, damit morgen unsere Unternehmen auf Netzwerke zurückgreifen können, die sie wirtschaftlich weiterbringen. Schon heute sind viele Dinge wie öffentliches WLAN in Städten und Zügen eine Selbstverständlichkeit. Die

Potenziale der Digitalisierung sind aber noch lange nicht ausgeschöpft. Gerade im ländlichen Raum gibt es noch enormen Nachholbedarf. Auch bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es die Digitalisierung, die neue und flexible Arbeitszeitmodelle schaffen kann. Und für die Mobilität der Zukunft gibt es auch viele Modelle, die noch in den Kinderschuhen stecken, wie etwa die Vernetzung von Ampeln und Fahrzeugen.

E-GOVERNMENT ZUGANG FÜR ALLE

Die bayerische Verwaltung genießt bundesweit einen sehr guten Ruf. Effizienz und Genauigkeit werden hier gelebt. Auch beim Thema E-Government will der Freistaat Spitzenreiter sein. Die CSU unterstützt deshalb die Einführung eines digitalen Bürgerportals und eines elektronischen Bürgerkontos. Alle Verwaltungsdienstleistungen sollen zukünftig elektronisch verfügbar sein. Die öffentliche Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen soll zu

einer der bürger- und anwenderfreundlichsten Behörden optimiert werden. Für die Steuererklärung, den Antrag auf Kindergeld oder die Pkw-Zulassung soll man dann nicht mehr extra in die jeweiligen Behörden fahren müssen. Das spart Zeit, Nerven und Geld. Ein Paradebeispiel für eine effiziente digitale Gesellschaft ist Estland. Den Wendepunkt für die Entwicklung des kleinen baltischen Landes markierten einige Cyberattacken An-

fang 2007. Die elektronische Sicherheit war seitdem Teil der Landesverteidigung. Seitdem hat sich das kleine Land stark entwickelt. In Estland können die Bürger mittlerweile alle Behördengänge online erledigen – außer bei Heirat, Scheidung oder beim Hauskauf. Auch in Deutschland muss das der Standard werden. Dabei muss die Politik die Menschen mitnehmen und behutsam mit den neuen Möglichkeiten des E-Governments vertraut machen.



FÜR FREIHEIT, SICHERHEIT UND WOHLSTAND

WARUM DIE UNION DIE RICHTIGE WAHL FÜR DEUTSCHLAND IST

Bayern ist ein Erfolgsmodell. „Leben und leben lassen“ bildet für die CSU eine wichtige Richtschnur ihrer Politik. Die einhergehende Verantwortung nehmen die Menschen im Freistaat ernst und tragen damit zur erfolgreichen Entwicklung Bayerns bei. Ist das auch ein Modell für Deutschland?

Lisa (26) kommt aus Essen und kam ursprünglich wegen des Studiums nach Bayern. Neben den Jobaussichten und der Lebensqualität sagt ihr das bayrische Lebensgefühl zu. „Warum soll ich hier weg?“, fragt die angehende Wirtschaftsingenieurin. Für die Zukunft hat sie klare Ziele: Familie, Beruf, eigenes Haus. Dafür findet sie in Bayern die besten Voraussetzungen.

In der Tat geht es den Menschen in Bayern hervorragend. Das liegt an der bayerischen Mentalität von „Leben und leben lassen“. Freiheit, Sicherheit und Wohlstand sind die Kernpunkte der Politik im Freistaat. Denn hier weiß man, dass der Staat nicht alle Lebensbereiche haarklein regulieren muss.

Im Mittelpunkt steht die Freiheit für den Menschen, sein Leben so zu gestalten,

wie er es gerne möchte: Freiheit für Familien zu entscheiden, ob die Kinder zu Hause oder in der Kita betreut werden; Freiheit für Arbeitnehmer, sich auf dem zweiten Bildungsweg zu qualifizieren; Freiheit für Unternehmer, ihre zukunftsfähigen Ideen zu realisieren. Aufgabe der Politik ist es, die Rahmenbedingungen zu schaffen und die Bürger nicht mit strikten Vorgaben oder ideologischen Grundsätzen zu gängeln.

STAAT KONZENTRIERT SICH AUF DIE WICHTIGEN AUFGABEN

Nimmt sich der Staat in Bereichen zurück, kann er sich gleichzeitig auf die wichtigen Aufgaben konzentrieren: Sicherheit für die Menschen, beste Angebote in der Bildung und fürs lebenslange Lernen, ein Rahmen für das Wachstum

von Unternehmen, die für Arbeit sorgen, und Infrastruktur, damit Menschen und Güter von A nach B kommen können.

Die künftigen Aufgaben sind enorm. Aber auch die Chancen. Die Digitalisierung und die sogenannte „New Work“ sind in vollem Gange. Die Politik hat dafür aber noch nicht die richtigen Rezepte. Und so kommt es immer wieder vor, dass die Entwicklung Fakten schafft und die Politik in der Gesetzgebung nicht hinterherkommt. Aus diesem Grund gilt es, die Realitäten schneller und pragmatischer anzuerkennen und entsprechende Rahmen zu schaffen.

Bestes Beispiel ist die Haltung der Gewerkschaften zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Ja, es ist für jeden Arbeit-

nehmer und jede Arbeitnehmerin wichtig, neben dem Job und der permanenten Erreichbarkeit auch mal ausspannen und zur Ruhe finden zu können. Dazu braucht es aber moderne Arbeitszeitgesetze. Eine Wochenarbeitszeit ergibt doch wesentlich mehr Sinn als eine starre Tagesregelung.

PERSÖNLICHE FREIHEIT

In immer mehr Berufen ist es möglich, täglich etwas mehr zu arbeiten, um dafür am Freitag oder Montag frei zu haben. Den zusätzlichen freien Tag kann man nutzen, um seinem Hobby nachzugehen

Die Freiheit unserer Gesellschaft geht mit Sicherheit einher.

Andreas Scheuer, MdB
CSU-Generalsekretär

oder mit den Kindern Zeit zu verbringen.

„New Work“ bringt genau die Flexibilität mit sich, die sich Singles, Paare und Familien heute

wünschen. Aufgabe des Staates ist es, die Potenziale der Digitalisierung zum Wohle der Menschen zu nutzen. Übrigens kann der ländliche Raum enorm davon profitieren. Ein Tag weniger in die Ballungszentren pendeln oder gleich ganz von zu Hause aus arbeiten entlastet neben dem eigenen Geldbeutel auch die Straßen, die Umwelt und das eigene Zeitbudget. Man sollte anfangen, die Chancen zu erkennen und nicht ideologisch an althergebrachten Mustern festhalten.

MITTELSTAND SINNVOLL UND NACHHALTIG UNTERSTÜTZEN

Nicht zuletzt haben sich die Anforderungen in der Wirtschaft verändert. Kunden erwarten von ihren Zulieferern oder Dienstleistern sehr viel Flexibilität. Weniger Regelungen und mehr persönliche Verantwortung tragen auch diesen Anforderungen Rechnung. Das heißt ja nicht, dass mit „New Work“ jeder Arbeitnehmer in steinzeitartige 80-Stunden-Wochen zurückfällt. Aber jeder kann seine persönlichen mit den beruflichen Anforderungen in Einklang bringen.

Was dabei herauskommt? Im besten Fall motiviertere und damit produktivere Mitarbeiter, die letzten Endes jedem Unternehmen und auch dem Staat →

DIE NIEDRIGE ZAHL DER STRAFTATEN IST EIN GUTES ZEUGNIS FÜR DIE CSU



SCHUTZ DER BEVÖLKERUNG STEHT AN ERSTER STELLE

Aber leider ist auch in Bayern die Zahl der Straftaten leicht angestiegen. Deshalb wird der Freistaat weiterhin in die Sicherheit investieren. Für 2017 und 2018 sind jeweils 1.800 Neueinstellungen bei der bayerischen Polizei geplant. Derzeit gibt es mit rund 42.000 Polizeibeamten so viele wie nie zuvor. Im vergangenen Jahr hat die Bayerische Staatsregierung dazu das Sicherheitskonzept „Sicherheit durch Stärke“ beschlossen. Es sieht vor, bis 2020 insgesamt 2.000 zusätzliche Stellen bei der Polizei zu schaffen.

Wir stehen hinter unserer Polizei.

Joachim Herrmann, MdL
Bayerischer Innenminister

Der Aufgabenbereich der Polizei ist dabei breit gefächert. Abgesehen von Demonstrationen oder verschiedenen Großeinsätzen, etwa dem G7-Gipfel in Hamburg, stehen die Beamten auch vor der Herausforderung, konsequent und effektiv terroristische Gewalttaten zu ver-

→ zugute kommen. Die Zeiten ändern sich. Und damit auch die Anforderungen. So ist es heute besonders leicht möglich, mit einer guten Idee erfolgreich zu sein. Mit der richtigen – weil disruptiven – Idee kann man sogar ganze Wirtschaftszweige auf den Kopf stellen. Einzig die Gründung eines solchen „weltverbessernden“ Unternehmens zeigt sich bürokratisch und voller Hindernisse.

anderen Bundesland leben die Menschen so sicher wie in Bayern. Das liegt vor allem an der hervorragenden Arbeit der Polizeibeamten im Freistaat. In keinem anderen Bundesland ist das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, niedriger als in Bayern. Und auch in Sachen Aufklärungsquote steht die bayerische Polizei unangefochten an der Spitze.

ATTRAKTIVE SELBSTSTÄNDIGKEIT

Das wird sich ändern. Zumindest wenn es nach den Verantwortlichen in der Union geht. Bis 2019 will die Union einen „Masterplan Selbstständigkeit“ erarbeiten. Ziel ist es, den Schritt in Richtung Selbstständigkeit zu erleichtern und Risiken zu minimieren. Dazu gehört auch, die Unternehmer umfassend zu beraten und zu fördern, damit sie möglichst frei und ungehindert ihren Geschäften nachgehen können.

Für 81 % der Bürger bedeutet mehr Videoüberwachung auch mehr Sicherheit.

Quelle: statista.com

Was läuft also besser in Bayern? „Den einen Schlüssel zur Sicherheit haben auch wir leider nicht“, betont Innenminister Joachim Herrmann. „Aber es gibt Stellschrauben, an denen die anderen Bundesländer noch drehen könnten“ (siehe Kasten rechts). Zunächst sei die politische Rückendeckung von enormer Wichtigkeit. Ein bayerischer Beamter müsse keine Angst haben, politischer Spielball zu werden, wenn er seinen Job macht.

Kosten des G20-Gipfels

Die Kosten für Schäden an Privateigentum während der Demonstrationen zum G20-Gipfel in Hamburg belaufen sich nach ersten Schätzungen der Versicherer auf bis zu 12 Millionen Euro.

Freiheit spielt in der Politik der CSU eine große Rolle. Mit dieser Freiheit einher geht auch die Sicherheit. Und die Position der Union ist hier eindeutig: Der Staat hat ein Gewaltmonopol und er soll es auch zum Schutz der Bevölkerung einsetzen. Die Kriminalitätsstatistik 2016 hat es wieder gezeigt: In keinem

SICHERHEIT IST MARKENZEICHEN DER CSU

BAYERISCHE POLIZEI PERSONELL GUT AUFGESTELLT

Im Freistaat arbeiten knapp 42.000 Polizisten. Damit kommen auf einen Polizisten 309 Einwohner. Das ist der Spitzenwert in Deutschland. Zum Vergleich: In Nordrhein-Westfalen sind es 450 Einwohner pro Polizist. Ein weiteres Detail: In Bayern bewerben sich fünfmal so viele Interessenten für den Polizeidienst, als Stellen zu besetzen sind. In NRW sind es nur zweimal so viele.

VORAUSSCHAUENDE PRÄVENTIVMASSNAHMEN

Die CDU in NRW hat in der Opposition mehrmals bemängelt, dass die damalige rot-grüne Landesregierung nur dann tätig werde, wenn bereits ein Unglück passiert sei. In der Tat hat die ehemalige Landesregierung die Erfassung von Personendaten bei Extremisten ab 14 Jahren erst nach dem Essener Bombenanschlag auf einen Sikh-Tempel eingeführt. Die CDU hatte das schon lange zuvor gefordert.

In Bayern wurde die Altersgrenze lange vorher schon vorsorglich gesenkt. Schließlich ist bekannt, dass sich vor allem Jugendliche übers Internet radikalisieren.

SCHLEIERFAHDUNG EXPORTSCHLAGER AUS BAYERN

Bereits seit 1995 gibt es die Schleierfahndung in Bayern. Sie wurde eingeführt, als die Grenzkontrollen an der Grenze zu Österreich wegfielen. Um an Durchgangsstraßen, Bahnhöfen und Flughäfen weiter kontrollieren zu können, werden seitdem meist zivile Polizeibeamte eingesetzt. Für die Polizei bedeutet die Schleierfahndung in erster Linie Rechtssicherheit.

Anders als in NRW, wo die Polizei keine Schleierfahndung durchführen und nur die Verkehrstüchtigkeit von Fahrer und Fahrzeug kontrollieren darf, überprüft die bayerische Polizei auch, ob irgendwelche Straftaten vorliegen. Mittlerweile führen 13 von 16 Bundesländern die Schleierfahndung durch. NRW gehört nicht dazu.

DER RUF DER BAYERISCHEN JUSTIZ

Die bayerische Justiz ist bei Straftätern nicht beliebt: Nirgendwo sonst werden sie zu härteren und längeren Haftstrafen verurteilt als im Freistaat – zumindest sehen das die Straftäter so. In der Tat werden bei Drogendelikten, Einbrüchen und Jugendstraftaten härtere Urteile gesprochen. Obwohl dies nur für einzelne Bereiche nachgewiesen ist, hat Bayern den Ruf, eine besonders durchgreifende Justiz zu haben. Das wirkt kriminalitätssenkend.

KINDER SIND KEINE WAFFEN DER TERRORISTEN

Terrorismus macht leider vor Kindern nicht Halt. Der IS versucht unter 14-Jährige für Anschläge in Deutschland zu gewinnen. Bayern hat die Altersgrenze für die Durchleuchtung durch den Verfassungsschutz gesenkt. Schließlich gibt es auch Zwölfjährige, die im Internet in der islamistischen Szene aktiv und deshalb potenzielle Gefährder sind.



Die Sicherheit in Bayern ist nicht vom Himmel gefallen, sondern das Resultat kontinuierlicher und konsequenter Politik.

Joachim Herrmann
Bayerns Innenminister bei einer seiner „Klartext“-Veranstaltungen

hindern. Ansbach, Würzburg, Hannover, Essen, Berlin – im vergangenen Jahr wurde auch Deutschland vom Terror heimgesucht.

70 Prozent der Deutschen glauben, dass Deutschland auch weiterhin Ziel der IS-Terroristen ist. Die Staatsregierung hat auf die Bedrohungslage auch bereits reagiert: Die bayerische Polizei wurde mit kugelsicheren Helmen und Westen ausgerüstet. Insgesamt wurden 30 Millionen Euro investiert, um die Polizeibeamten bei derartigen Vorfällen besser zu schützen. Die Terroranschläge zeigen, dass es vollständige Sicherheit nie geben wird.

SICHERHEITSSYSTEME NEU DENKEN

Welche Konsequenzen können daraus gezogen werden? Auch hier gibt es leider kein Patentrezept. Sicher ist nur, dass neue Bedrohungslagen auch neue Sicherheitssysteme erfordern. Des- →

DIE FINANZIELLE VERANTWORTUNG FÜR DIE KOMMENDEN GENERATIONEN

→ halb will die CSU nach der Wahl den Einsatz der Bundeswehr im Innern bei besonderen Katastrophen neu prüfen und bewerten lassen.

Es ist nicht nachzuvollziehen, warum bei Terroranschlägen weiterhin nur die Polizei agieren darf. Bei einem derartigen Szenario würde die Polizei an ihre Grenzen stoßen. Die CSU fordert deshalb, dass in diesen besonderen Fällen die Bundeswehr die Polizei bei ihrer Arbeit unterstützt und zum Beispiel Flughäfen, Krankenhäuser und diverse andere Einrichtungen sichert.

Die Kosten für die Sicherheit sind dabei immer wieder Bestandteil kontroverser Diskussionen. Für die Union steht außer Frage, dass die am Anfang dieses Artikels beschriebene Fokussierung der staatlichen Aufgaben die nötigen finanziellen Freiräume schafft, um die Kosten der Sicherheit auch tragen zu können.

SPAREN JA, ABER NICHT BEI DER SICHERHEIT

Zwar stehen den Rekorderlösen immer noch Rekordausgaben im Sozialbe-

Politik heute den nachkommenden Generationen verpflichtet ist.

Deutschlands aktuelle Stärke resultiert aus zwei Faktoren: Zum einen brummt die Wirtschaft. Die Auftragsbücher sind voll. Die Arbeitslosigkeit ist stark gesunken und es gibt so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie nie zuvor. Außerdem entlasten die niedrigen Zinsen der Europäischen

haltige Politik. Hohe Einnahmen, niedrige Arbeitslosigkeit – wann sollte man Schulden besser tilgen als zum jetzigen Zeitpunkt?

WAHLKAMPF UND HAUSHALT PASSEN OFT NICHT ZUSAMMEN

Und doch nutzen SPD, Grüne und Die Linke den Wahlkampf, um neue vermeintliche Wohltaten zu versprechen.



Bundesländer tun es Bayern inzwischen gleich und zahlen ihre Schulden zurück. Besonders Sachsen ist hier zu nennen. Aber der Schuldenabbau sollte aufgrund der guten Finanzlage schneller vorstattengehen.

ZINSEN WERDEN LANGFRISTIG WIEDER STEIGEN

Und doch muss von dem wirtschaftlichen Erfolg auch etwas bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen. Deshalb soll der Staat auf rund 15 Milliarden Euro verzichten. Dazu wird der Soli abgeschafft, und auch für die Eigentumsbildung wird etwas getan. Zwei Forderungen, die die JU schon lange auf der Agenda hat, stehen im Bayernplan der CSU: erstens die Entlastung bei der Grunderwerbsteuer, sofern die Immobilie selber genutzt wird. Und zweitens das Baukindergeld. Es wird mit 1.200 Euro pro Kind jährlich für die ersten zehn Jahre eingeführt.

Ein ganzes Paket von Maßnahmen, das vor allem auch Familien im Blick hat. Ehegatten- und Kindersplitting statt dem Familiensplitting und dazu pro Jahr 300 Euro mehr für jedes Kind.

FAMILIEN BESSER UNTERSTÜTZEN

Überhaupt steht für die CSU die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Zentrum des Wahlprogramms. Jedoch weniger unter ideologischen Gesichtspunkten als mehr aus dem Blickwinkel der Betroffenen selbst. Es kommt auf zeitgemäße Lösungen an. Die CSU arbeitet auch weiterhin mit Wirtschaft und Arbeitnehmervertretern eng zusammen, um familienfreundliche Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die Digitalisierung ist ein hervorragender Partner, der die Vereinbarkeit von Familie und Beruf meistern hilft und die ländlichen Räume optimal an die Zukunft anschließt.

Für Lisa sind es genau diese Punkte, die ihr an Bayern gefallen: optimale Unterstützung durch den Staat und die große Freiheit, das Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Es wird ihr kein bestimmtes ideologisches Lebensmodell vorgeschrieben. Stattdessen kann sie selbst wählen: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern ermöglicht es ihr, die ersten Jahre beim Nachwuchs zu Hause zu bleiben oder direkt wieder arbeiten zu gehen.

„Leben und leben lassen“ wird im Freistaat wirklich gelebt. Die CSU ist der Garant, dass auch im Bund weniger ideologische und mehr praktische Politik gemacht wird. ■



reich gegenüber, aber das Konzept der Union sieht die Finanzierung der Leistungen aus weiteren Steuermehreinnahmen vor. Für die JU ist klar, dass die

Zentralbank (EZB) den Bundeshaushalt. Deutschland kann seine hochverzinsten Kredite gegen neue mit niedrigen Zinsen „eintauschen“. Allein im vergangenen Jahr konnte der Staat 47 Milliarden Euro Zinszahlungen sparen. Seit Beginn der Finanzkrise sind es sogar 240 Milliarden.

Klar ist: Die Zinsen für die Kredite können jederzeit wieder steigen. Aus den 47 Milliarden Überschuss kann also schnell wieder ein Minus werden. Die Folge wären harte Einschnitte im Haushalt. Schuldentilgung ist deshalb ein unbedingtes Muss für eine nach-

Einige beziffern die Kosten ihrer Projekte gar nicht und kommen so nicht in die Bedrängnis, eine Gegenfinanzierung aufzubauen, andere fordern plakative 30 Milliarden, mit der Gießkanne verteilt. Wer Sozialversprechen macht ohne diese auch finanzieren zu können, gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Die JU zeigt unsinnigen und nicht finanzierbaren Wahlgeschenken die rote Karte.

Mit einer nachhaltigen Haushaltspolitik wird Generationengerechtigkeit gelebt. Weder der Freistaat noch der Bund sollen über ihre Verhältnisse leben. Viele



DIE LETZTEN METER ENTSCHEIDEN ÜBER SIEG ODER NIEDERLAGE

WAS WAHLKÄMPFER VON 400-METER-LÄUFERN LERNEN KÖNNEN

Sucht man Analogien zwischen dem Sport und der heißen Phase im Wahlkampf kommt man schnell zum 400-Meter-Sprint: Es geht darum, nach einem kraftvollen Start ordentlich Tempo zu machen, ohne sich auf den letzten Metern ausstechen zu lassen.

Einen kraftvollen Start hat die SPD im Januar mit der Präsentation ihres Kanzlerkandidaten ja hingelegt. Im Zwischensprint hat sie aber ganz schön nachgelassen. Die Union hat einen deutlichen Vorsprung herausgelaufen. Mit einer Gemeinschaftsleistung aller Kandidaten und Wahlkämpfer können CSU und CDU den Sieg einfahren. Entscheidend dafür ist aber der Schlusssprint. Und der wird immer entscheidender.

WAHLENTSCHEIDUNG FÄLLT IMMER SPÄTER

„Die Wahl ist noch nicht entschieden“, stellt auch Politikwissenschaftler Korte fest. „Wir sehen gerade in den letzten Tagen und Wochen, wie schnell sich Problemlagen verändern können.“ Auf diese Krisen würden die Wähler kurz vor der Wahl spontan reagieren. Entscheidend sind daher die Mobilisierung der eigenen Wähler und Argumente, die Wähler auf dem Weg ins Wahllokal zu erreichen.

WERDEN BRIEFWÄHLER WIRKLICH WICHTIGER?

Eine Abschlusskundgebung am Donnerstag vor der Wahl abzuhalten, wie man es aus bisherigen Wahlkämpfen kennt, ist heute nicht mehr zeitgemäß. Der Wahlkampf läuft weiter bis zum Wahltag, bzw. bis zur Schließung der Wahllokale. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen die Wahlkampfteams unterwegs sein und Wähler

für sich überzeugen.

Die Kandidaten äußern oftmals den Wunsch, dass ihre Wahlwerbemittel bis zum Briefwahlstart fertig sein müssen, da dies den Höhepunkt

des Wahlkampfes darstelle. Schließlich können ab diesem Tag die Kreuze gesetzt werden. In Wirklichkeit ist der Wahlkampf weitaus unvorhersehbarer und spontaner geworden. Neben dem Briefwahlstart gibt es einen zweiten Höhepunkt in den Stunden direkt bevor die Wahllokale öffnen. Bei Kommunalwahlen ist das anders, aber bei der Betrachtung der Briefwahlquoten der Bundestagswahlen wird schnell deutlich, dass die Präsenz wähler in der Mehrheit sind.

Bei der Bundestagswahl 2013 lag der Anteil der Briefwähler bei 24 Prozent. Das bedeutet, dass immer noch

76 Prozent der Wähler am Tag der Wahl in der Wahlurne entschieden haben. Das bedeutet, dass es umso wichtiger wird, das Budget der Wahlkämpfe auf die letzten Tage vor der Wahl zu konzentrieren. Dann können die Menschen noch mittels Sozialen oder anderen Medien zur Stimmabgabe animiert werden. Damit können die entscheidenden Impulse für die Wahl gesetzt werden. Parteien und Kandidaten werden also vor allem in den digitalen Medien ihre Botschaften zielgenau aussteuern. Das ist heute möglich und Aufgabe der Kampagnen..

STRASSEN- UND HÄUSER- WAHLKAMPF

Was aber können die Wahlkämpfer vor Ort tun? Das wichtigste Ziel ist es, die Menschen zu erreichen. Im Idealfall schafft man es, zur richtigen Zeit am richtigen Ort die richtige Person anzusprechen und mit den richtigen Argumenten zu überzeugen. So einfach wie das in der Theorie klingt, ist es in der Praxis natürlich nicht. Dennoch ist die Präsenz vor Ort und in den sozialen Medien gerade in den letzten Stunden vor der Wahl entscheidend.

WAS KANN MAN TUN?

BEZUG FÜR DIE MENSCHEN

Bundestagswahlen sind oft Kanzlerwahlen: Bin ich für diese(n) oder jene(n)? Dennoch gibt es die Möglichkeit, Menschen über Themen zu erreichen. Dazu stellt man für die Menschen einen praktischen Bezug zu abstrakten bundespolitischen Themen her. Zum Beispiel: Welche Auswirkungen hat der Bundesverkehrswegeplan für eure Stadt? Die Bezüge können dabei regional oder zielgruppenspezifisch (z. B. Familie, Studenten etc.) sein.

SOMMERLOCH NUTZEN

Witzige Guerilla-Aktionen sollte man starten, um die Aufmerksamkeit der Medien zu gewinnen. Gerade jetzt in der nachrichtenarmen Zeit des „Sommerlochs“ freuen sich Journalisten über Berichtenswertes. Nicht zu vergessen: „Die Menschen wollen unterhalten werden.“

SOZIALE NETZWERKE BESPIELEN

Die Stärke von CSU und JU ist die breite Personaldecke. Nutzt die Vernetzung der Mitglieder und startet konzertierte Aktionen, die auf die Wahl, die wichtigen Themen und sympathische Kandidaten aufmerksam machen. Der Effekt der Mundpropaganda ist auch in Zeiten der digitalen Vernetzung nicht zu unterschätzen. Wichtig dabei ist, die Menschen zum Teilen oder Liken aufzufordern.

HÄUSERWAHLKAMPF

Im Wahlkampf ist die zielgerichtete Mobilisierung der eigenen Wähler enorm wichtig. Hausbesuche sind dabei wieder stark in Mode gekommen. Die letzten Stunden und Tage vor der Wahl könnt ihr nutzen, um punktgenau die „eigenen Leute“ zu mobilisieren. Und genau diese „eigenen Leute“ findet ihr über die CSU-Wahlkampf-App.

VERBINDLICHE MOBILISIERUNGSQUOTEN

Stimmt euch im Orts- oder Kreisverband ab, wie viele persönliche Kontakte jeder in den 48 oder 72 Stunden vor der Wahl ansprechen und zum Wählen auffordern soll. Daraus könnt ihr einen kleinen Wettbewerb machen: Wer schafft die höchste Mobilisierungsrate?

48- ODER 72- STUNDEN-AKTIONEN

Überlegt euch, wo ihr in den Stunden vor Öffnung der Wahllokale besonders viele Menschen erreichen könnt. Von den Discos und Fast-Food-Restaurants, in denen ihr die Nachtschwärmer erreicht, über die Seen, die an sonnigen Septembertagen noch einen großen Zulauf haben, bis zu den Kirchen, an denen ihr am Sonntag nach dem Gottesdienst noch auf die Wahl hinweisen könnt. Begleitet die Aktionen live via facebook.

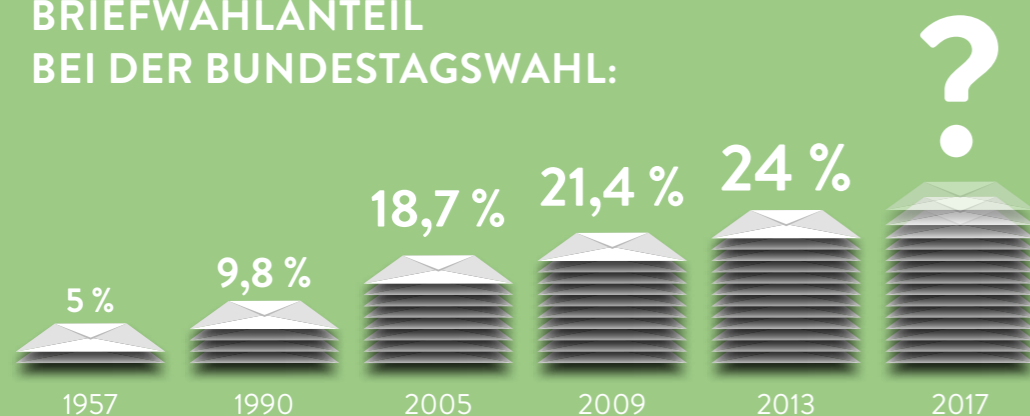
KONTAKTE AUS DEM WAHLKAMPF NUTZEN

Am wichtigsten in den Wahlkämpfen sind qualifizierte Adressen von potenziellen Wählern. Bei Infoständen, Bürgergesprächen und Veranstaltungen lernt ihr viele Menschen kennen. Sprecht die Personen in den Tagen vor der Wahl nochmals an und fordert sie konkret auf, zur Wahl zu gehen. Nutzt die Arbeit, die ihr in den Wochen und Monaten zuvor geleistet habt.

WERBUNG (Kampagnen der Kandidaten bewerben)

Wahlimpulse gilt es in den klassischen Medien zu setzen, ebenso aber in den digitalen Medien und sozialen Netzwerken. Anzeigen können dort mit Botschaften passgenau an Zielgruppen ausgespielt werden.

BRIEFWAHLANTEIL BEI DER BUNDESTAGSWAHL:



ZIEL

EIN TAG IM LEBEN VON JOACHIM HERRMANN

WIE MAN GEMEINSAM NACH LANGEN DISKUSSIONEN, DURCH DIALOG UND BEHARR-
LICHKEIT, DURCH KOMPROMISSFÄHIGKEIT, ABER AUCH MIT KLAREN VORSTELLUNGEN
DOCH SEHR VIEL ERREICHEN KANN.

Anders – das ist jede Woche des bayeri-
schen Innenministers Joachim Herrmann.
In Erlangen frühstückt er zu Hause recht
kurz. Meist ein vitales Müsli und eine Tasse
Kaffee. Denn oft stehen schon um 7 Uhr
morgens die ersten Termine wie zum Bei-
spiel Radio-Interviews an.

Sowohl in Erlangen als auch in München
ist der Arbeitsweg von Herrmann nicht
länger als 10 bis 15 Minuten. „Die Auto-
fahrten nutze ich immer zum Arbeiten –
das Auto ist sozusagen mein verlängertes
Büro, in dem ich mich auch auf
Termine vorbereite“, erklärt uns
der Politiker. Gelegentlich nutzt er
auch das Fahrrad, um seine Arbeits-
stelle zu erreichen.

*Politik bleibt immer -
frei nach Max Weber - das
Bohren dicker Bretter*

Im Büro angekommen führt Joachim
Herrmann ein Ritual durch: „Im Sommer
wie im Winter lasse ich gerne erst einmal
frische Luft in den Raum.“ Anschließend
widmet er sich einigen Zeitungen und dem
Pressespiegel, bevor er sich mit seinen
Mitarbeitern über den Tagesablauf und
wichtige Themen austauscht.

Ein Blick in Herrmanns Terminkalender
verrät uns viel über seine Aufgaben und
darüber, wie vielseitig und bunt sein Ar-
beitsalltag ist: „Die Besprechungen mit
den Mitarbeitern aus den verschiedenen
Stabsstellen finden jeden Tag im Büro

oder am Telefon statt. Dort bespreche ich
mit dem Büroleiter und den persönlichen
Referenten, der Planungsabteilung, dem
Landtagsbeauftragten und der Presse-
stelle den Tagesablauf und die wichtigsten
Themen sowie die Medienlage.“ Doch das
ist noch längst nicht alles. Sitzungen der
CSU-Landtagsfraktion, in denen viele
aktuelle Anliegen bayerischer Bürger dis-
kutiert werden, stehen ebenso auf dem
Programm wie zum Beispiel die großen
Jahrespressekonferenzen zum Verfas-
sungsschutz oder zur polizeilichen Kriminal-
statistik: „Hier wird dargestellt,
wie es um die innere Sicherheit in
Bayern bestellt ist. Hier müssen wir
überlegen, welche Schwerpunkte wir
setzen wollen. Es

geht hier ja darum, den ‚Markenkern‘ Bay-
erns zu erhalten, nämlich, dass in Bayern
zu leben, bedeutet, sicherer zu leben als
anderswo“, erläutert uns der 60-Jährige.
Die größte Herausforderung eines bay-
erischen Innenministers jedoch ist, dieses
Niveau auch in Zukunft halten zu können,
obwohl immer neue Gefahren für die in-
nere Sicherheit am Horizont auftauchen.

Ein Arbeitstag von Joachim Herrmann
beginnt und endet, wenn es dunkel ist. Vor
22 Uhr ist an einen Feierabend meist nicht
zu denken. Uns stellt sich die Frage: Bleibt
bei so viel Arbeit auch noch Zeit für ein

Privatleben? „Diese Zeit ist naturgemäß
für mich überschaubar“, sagt der Erlanger.
Die knapp bemessene Zeit nutzt Herr-
mann jedoch intensiv. Außer Freunde
zu treffen, besucht er auch gerne einmal
eine Oper oder ein Konzert wie zuletzt die
Internationale Orgelwoche in Nürnberg.
In seiner Freizeit steigt der bayerische
Innenminister auch gerne mal auf sein
Fahrrad, nimmt sich einen guten Krimi zur
Hand oder schaut sich im Fernsehen den
Tatort an. Für sein Hobby, das Motorrad-
fahren, bleibt ihm bedauerlicherweise nur
noch wenig Zeit.

Joachim Herrmann hat sich schon sehr
früh für Politik interessiert. Einen star-
ken Einfluss darauf hatte sicherlich
auch sein Vater, der – unter ande-
rem als Mitglied des bayerischen
Senats – ein durchaus politischer
Mensch war und sein Interesse
dafür geweckt hat. Dazu kam
die Erfahrung in der Schule
als Klassen- und Schüler-
sprecher: „Man kann et-
was bewegen, wenn man
sich engagiert“, erklärt
er uns abschließend im
Interview. Man kann
sich sicher sein, dass
der Alltag unseres
bayerischen Innen-
ministers niemals
langweilig wird.



Übergabe eines neuen Einsatzfahr-
zeugs an den DLRG-Ortsverband
Erlangen-Dechsendorf.



Das war wieder ein stimmungsvoller
Auftritt der schon traditionsreichen
Büchenbacher Kerwa bei Güthleins.



Zusammen mit Rodel-Olympia-
siegerin Natalie Geisenberger am
Königssee.

Bajuware:
Momentane Gefühlslage?
Joachim Herrmann:

hochmotiviert

Bajuware:
Wein oder Weißbier?

Joachim Herrmann:

erst Weißbier, dann Wein!

Bajuware:
Aktuelles Lieblingsbuch?

Joachim Herrmann:

Bayernplan

Bajuware:
Meer oder Berge?

Joachim Herrmann:

*Meer zum Baden,
Berge für den
Weitblick*

Bajuware:
Lieblingsbeschäftigung?

Joachim Herrmann:

Eis essen

Bajuware:
Gesundheit oder Finanzen?

Joachim Herrmann:

Gesundheit

JU - 4 BERLIN

Platz 58



Fabian Weber

Geboren	1985
Beruf	Vertriebskaufmann
Ortsverb.	Ebern
Mandate	JU-Bezirksvorsitzender


Platz 56



Florian Fleig

Geboren	1981
Beruf	Rechtsanwalt
Ortsverb.	Friedberg
Mandate	CSU-Ortsvorsitzender

Platz 54



Dr. Matthias Wucherer

Geboren	1980
Beruf	Diplom-Biologe
Ortsverb.	Mittleres Oberrhein
Mandate	JU, AKU und NET

Platz 53



Daniel Matulla

Geboren	1988
Beruf	Politischer Referent
Ortsverb.	Roth
Mandate	Stadtrat (Fraktionsvorsitzender)

Platz 52



Florian Hoheisel

Geboren	1988
Beruf	Mitarbeiter Qualitätssicherung
Ortsverb.	Nittendorf
Mandate	Kreisvorsitzender JU Regensburg-Land


Platz 49



Stefanie Nejedlo

Geboren	1981
Beruf	Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Büroleiterin
Ortsverb.	Leutershausen
Mandate	Stadträtin

Platz 47



Jonas Geissler

Geboren	1984
Beruf	Politischer Referent im Bayerischen Landtag
Ortsverb.	Kronach
Mandate	Stadtrat (Fraktionsvorsitzender), Kreisrat, JU-Bezirksvorsitzender

Platz 46



Hans Kriegl

Geboren	1989
Beruf	Wissenschaftlicher Mitarbeiter (Universität Passau)
Ortsverb.	Bad Griesbach
Mandate	Stadtrat, stellv. JU-Bezirksvorsitzender, Neustadt am Rindberg

Platz 60



Alexander Trinkmann

Geboren	1983
Beruf	Lehrer für Mathematik und Wirtschaft an der FOS in Lauf
Ortsverb.	Schwandorf
Mandate	Stadtrat, stellv. JU- und CSU-Kreis- und Ortsvorsitzender

Dr. Wolfgang Steffinger



Geboren	1985
Beruf	Mitglied des Deutschen Bundestages
Ortsverb.	Raimersdorf
Mandate	CSU-Ortsvorsitzender, stellv. Kreisvorsitzender

Katrin Staffler



Geboren	1981
Beruf	Biochemikerin
Ortsverb.	Gröbenzell
Mandate	Gemeinderätin, Kreisrätin, Geschäftsführerin der Kreisratsfraktion

Stephan Pilsinger



Geboren	1987
Beruf	Arzt in einem kommunalen Krankenhaus in der Inneren Medizin
Ortsverb.	Obermenzing
Mandate	Mitglied im Bezirksausschuss Pasing-Obermenzing

Florian Oßner



Geboren	1980
Beruf	Mitglied des Deutschen Bundestages
Ortsverb.	Velden/Vils
Mandate	Marktrat, Kreisrat, stellv. Kreisvorsitzender, CSU-Bezirksvorsitzender

Platz 44



Stephan Meier

Geboren	1991
Beruf	Bauingenieur, Beton- und Stahlbetonbauer
Ortsverb.	Neumarkt
Mandate	Beizler JU-Bezirksvorstand

Andreas Lenz



Geboren	1981
Beruf	Mitglied des Deutschen Bundestages
Ortsverb.	Feuermehring

Platz 42



Ingrid Heut

Geboren	1989
Beruf	Ingenieurin
Ortsverb.	Hohenlohe
Mandate	Beizler CSU-Bezirksvorstand, stellv. JU-Bezirksvorsitzende

Platz 61



Dr. Patrick Fröhlich

Geboren	1981
Beruf	leitender Angestellter in einer Steuerkanzlei
Ortsverb.	Subbsch-Rosenberg
Mandate	Stadtrat, Kreisrat

Emmi Zeulner



Geboren	1987
Beruf	Mitglied des Dt. Bundestages
Ortsverb.	Lichtenfels
Mandate	stellv. Kreisvorsitzende, Kreisrätin, Kreisrätin, stellv. CSU-Kreisvorsitzende des Mitglied. Aufsichtsrates für die Erlösevereine Bamberg e.V.

Die JU Bayern ist für die Bundestagswahl stark aufgestellt. Die junge CSU geht mit 21 Kandidatinnen und Kandidaten ins Rennen. Mit Katrin Staffler, Emmi Zeulner, Andreas Lenz, Florian Oßner, Stephan Pilsinger und Dr. Wolfgang Steffinger bewerben sich außerdem sechs Kandidaten um ein Direktmandat.

JU BUNDESTAGS-KANDIDATEN



UNSER KANDIDATEN-QUARTETT STICHT


Platz 27



Tobias Zech

Geboren	1981
Beruf	Mitglied des Deutschen Bundestages
Ortsverb.	Garching/Alz
Mandate	Gemeinderat, Kreisrat

Platz 29



Katrin Albsteiger

Geboren	1983
Beruf	Mitglied des Deutschen Bundestages
Ortsverb.	Burlafingen/Steinheim
Mandate	Stadträtin, Kreisrätin

Platz 32



Julia Obermeier

Geboren	1984
Beruf	Mitglied des Deutschen Bundestages
Ortsverb.	Aubing/Neuaußing Westkreuz
Mandate	stellv. Kreisvorsitzende FU, Mitglied im CSU Kreis- und Ortsvorstand

Platz 41



Alexander Zink

Geboren	1992
Beruf	Polizeivollzugsbeamter
Ortsverb.	München
Mandate	stellv. Ortsvorsitzender JU Hötting-Land

BUNDES-TAG



JU - STICHT!

BUNDES-TAG



CITIES ARE CALLING

Du planst einen Trip in die Metropolen der Welt? Egal ob Kurzaufenthalt oder eine längere Reise – das Gepäck sollte dabei nicht allzu schwer sein. Deshalb ist es wichtig, sich im Vorfeld gut zu organisieren. Mit der passenden Packliste von uns wird dein Trip zu einem unvergesslichen Erlebnis.



Thomas Stölzle (27),
JU Vöhringen

Mindestens einmal im Jahr plane ich einen Städtetrip. Mich faszinieren Orte, die alte und neue Geschichte verbinden. Städtetrips finde ich erholsam und sind eine gute Gelegenheit, etwas von der Welt zu erfahren. Ein guter Sonnenschutz wie z. B. eine Cappy-Mütze dürfen im Gepäck nicht fehlen. Außerdem ist es wichtig, einen kleinen Rucksack mitzunehmen, um Sachen für den Tag locker transportieren zu können.

- 1 Sonnencap
www.laufundberg.de
- 2 Rucksack
www.laufundberg.de
- 3 Sonnenbrille
www.brille24.de
- 4 Jacke
www.laufundberg.de



Sophia Hauswurz (23),
JU Maxvorstadt

Die Möglichkeiten, ein verlängertes Wochenende an einem traumhaften Ort – bestenfalls mit Blick aufs Meer – zu verbringen, sind unzählig. Ich nehme mir gerne eine kleine Auszeit, um neue Städte zu entdecken. Dafür braucht man natürlich das richtige Schuhwerk. Turnschuhe sind ein absolutes „Muss“ in meinem Reisekoffer. Zudem packe ich mir immer einen kleinen Regenschirm mit ein, falls es doch mal ein paar Regentropfen gibt.

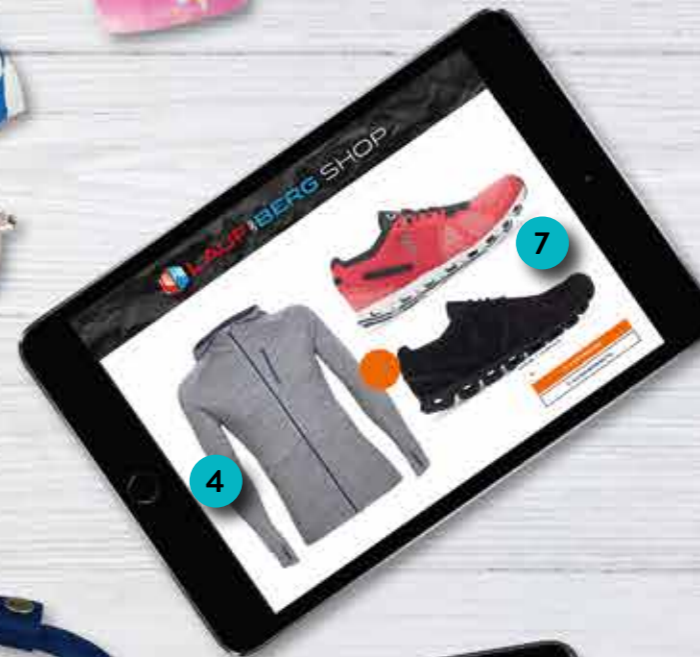
- 5 Duschgel
www.dm.de
- 6 Shampoo
www.dm.de
- 7 Turnschuh
www.laufundberg.de
- 8 Regenschirm
www.regenschirm-versand.de



Tim-Andre Hofmann (18),
JU Abensberg

Ich bin großer Fan von längeren Städtetrips. Bei drei bis vier Übernachtungen kann man nicht nur typische Sehenswürdigkeiten bewundern, sondern hat auch die Möglichkeit, mal eine einheimische Kneipe zu besuchen. Um all die neuen Eindrücke festhalten zu können und aus den Fotos etwas Besonderes zu machen, benutze ich die Bildbearbeitungs-App VSCOcam. Falls ich meinen Reiseführer zu Hause vergesse, hilft mir die App Triposo World Travel Guide weiter. Dort finde ich alle wichtigen Infos zur gewünschten Destination.

- 9 Reiseführer
www.baedeker.com
- 10 VSCO Bildbearbeitungs-APP
www.vsco.co/store/app
- 11 Erste-Hilfe-Set
www.soehngen.com
- 12 Triposo, die smarte Reise-App
www.triposo.com



DAS KÖNNTE IHRE NÄCHSTE REGIERUNG SEIN

EIN BLICK IN SCHULZ GRUSELKABINETT –

RIEN NE VA PLUS

Bei der Wahl am 24. September geht es darum, eine Koalition aus SPD, Grünen und Linken zu verhindern. Es fehlt nicht nur an Glaubwürdigkeit, sondern auch an kompetenten Personen.

SAHRA WAGENKNECHT

Als bekennende Kommunistin ist das Wirtschaftsministerium erste Wahl für Sahra Wagenknecht. Ob sie die Erste ist, die eine Planwirtschaft erfolgreich führen kann?

ANTON HOFREITER

Der Bayer wird Alexander Dobrindt zeigen, wo es langgeht ... ähm, oder auch nicht. Im Bundestag nur als Bremser von Infrastrukturprojekten aufgefallen, müsste Hofreiter endlich mal liefern.

KATHARINA BARLEY

Als Generalsekretärin hat sie als Notlösung den Sprung ins Ministeramt geschafft. Da will sie sicher auch im neuen Kabinett bleiben.

SIGMAR GABRIEL

Er hat Schulz quasi über Nacht zum Parteichef und Spitzenkandidaten gemacht. Er selbst hat es sich nicht zugetraut, Kanzler werden zu können. Als Kanzleramtsminister hätte er wenigstens die gleiche Anschrift.

HEIKO MAAS

Mit dem Justizministerium hatte der Rheinland-Pfälzer immer gefremdelt, nie wollte auf Anheb etwas klappen. In der Bildungspolitik könnte er sich nun austoben.

ANDREA NAHLES

Sofern der Aufstieg ins Finanzministerium klappt, werden Steuererhöhungen für Spitzenverdiener das Erste sein, was von ihr umgesetzt werden wird.

DIETMAR BARTSCH

Der eher moderate Fraktionschef der Linken wurde früh Mitglied der SED. Später wurde er vom Verfassungsschutz beobachtet.

MARTIN SCHULZ

Eigentlich darf man sich das gar nicht ausmalen: Kanzler Martin Schulz. Er will Deutschland gerechter machen, deswegen will er die Agenda 2010 und damit das deutsche Jobwunder rückgängig machen. Im Bundestag müssen die Abgeordneten dann wahrscheinlich auch immer „Martin, Martin“ rufen.

CLAUDIA ROTH

Es gibt keinen besseren Platz für Claudia Roth als das Außenministerium. Hier kann sie dann so oft wie möglich zu ihren Freunden in die Türkei reisen.

RALF STEGNER

Der Oppositionsführer der SPD im Kieler Landtag ist für seine scharfen Worte bekannt. Immer wieder kritisiert er sinnvolle Vorschläge aus München mit Pöbeleien auf Twitter.

RENATE KÜNST

Als Landwirtschaftsministerin konnte sie schon Erfahrungen sammeln. Künst fordert schon lange die „Einbürgerung“ des Islams in Deutschland.

KATJA KIPPING

Die Vorsitzende der Linken ist als Hartz-IV-Gegnerin praktisch ideal für den Umbau des Sozialstaates und die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens.

JÜRGEN TRITTIN

In der rot-grünen Koalition als Mr. Dosenpfand aufgefallen. Hat sich jüngst selbst für ein Ministeramt ins Gespräch gebracht.

CEM ÖZDEMİR

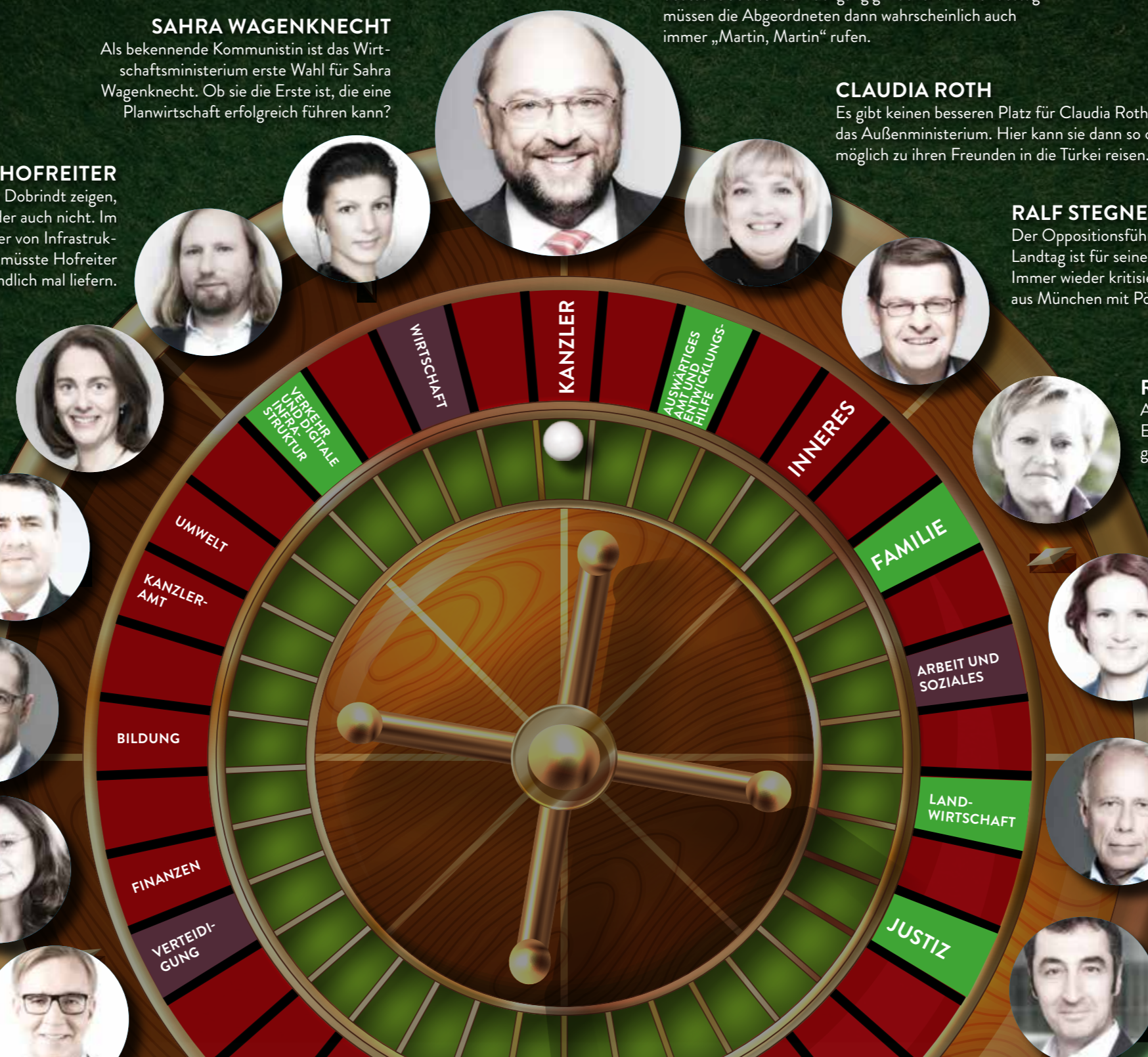
Auch für den Vorsitzenden der Grünen ist Platz am Regierungstisch. In dieser Position kann er dann endlich den Verfassungsschutz umbauen.



KATRIN GÖRING-ECKARDT
Bundestagspräsidentin



SIMONE PETER
Integrations- und Kulturbeauftragte



ZWISCHEN IDEOLOGIE UND TRÄUMEREI

WARUM WIR R2G UND
EINE LINKE REPUBLIK
VERHINDERN MÜSSEN



Die Wahlprogramme von SPD, Grünen und Linken zeigen, dass diese Parteien keinen Plan haben, der Deutschland in der jetzigen Situation stärkt. Vielmehr sind die meisten der Vorschläge darauf ausgerichtet, für die eigene Klientel Wohltaten zu verteilen. Was folgt? Innovationen werden gehemmt und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands geschwächt.

Imri (22) lebt seit seiner Geburt in Bayern. Der Name lässt es bereits erahnen: Seine Eltern und Großeltern sind Deutsch-türken, die seit den 50er-Jahren hier leben und arbeiten. Alle drei Generationen haben sowohl einen deutschen wie auch einen türkischen Pass. Bis zur Abschaffung der Optionspflicht 2014 hätte sich Imri bis zu seinem 24. Geburtstag für eine Staatsangehörigkeit entscheiden müssen. Das bleibt ihm heute erspart.

Spätestens seit dem umstrittenen türkischen Verfassungsreferendum im April steht die doppelte Staatsbürgerschaft wieder ganz oben auf der politischen Tagesordnung. Knapp die Hälfte der 1,43 Mio. Stimmberechtigten in Deutschland

gab ihre Stimme in einem der 13 Konsulate ab. Überall erreichte Präsident Erdogan mit seinem Vorstoß, das politische System stärker auf ihn zuzuschneiden, eine Mehrheit. Am knappsten war das Ergebnis in Berlin mit einem Beinahe-Patt von 50,13 % zu 49,86 %.

Im Konsulat in München stimmten mehr als 62 Prozent für Erdogans Reform, während in der Türkei am Ende nur 51,18 Prozent dafür stimmten. Die Auslands-türken haben anscheinend den Wahlausgang maßgeblich beeinflusst. Für zahlreiche Politiker und viele Menschen in Deutschland stellt sich seitdem die Frage: Wie können türkische Bürger, die in Deutschland frei leben und die Vorzüge

der persönlichen Freiheit genießen, für ein autokratisches System stimmen, das kritische Journalisten mundtot macht und möglicherweise auch noch die Todesstrafe wiedereinführt?

ERST INTEGRATION, DANN PASS

Die Deutschtürken, die die doppelte Staatsbürgerschaft besitzen, dürfen im September übrigens auch bei der Bundestagswahl abstimmen. Ist das tatsächlich so gewollt? Es gibt bereits Stimmen, die behaupten, dass die hier lebenden türkischen Staatsbürger und Deutschtürken der Bundesrepublik eins auswischen wollten, weil sie sich zu wenig integriert fühlen. Wie aber sieht gelingende Integration →

BILDUNGSKOMPETENZ BEIM BUND BEDEUTET SINKENDES NIVEAU IN DEN LÄNDERN

➔ aus? Diese Frage stellt sich – wegen der Abstimmungen in der Türkei – gerade mit dieser Nationalität, aber darüber hinaus gibt es weitere große Bevölkerungsgruppen mit Doppelpässen (siehe Grafik).

Für die Union ist klar, dass für die deutsche Staatsbürgerschaft eine hohe Identifikation mit dem Land notwendig ist. Wie verteilt man die persönliche Staatsidentifikation auf zwei Staaten? Zu gleichen Teilen? Oder zwei Drittel zu einem Drittel? Ist es überhaupt möglich? Natürlich garantiert Staatsbürgerschaft alleine keine Integration im Land. Deshalb fordert die Junge Union ein klares Bekenntnis zu den Werten und der Ordnung des Landes. Es muss der Leitspruch „erst kommt die Integration, dann der Pass“ gelten.

FREIHEITLICHE WERTE UND STAATLICHE ORDNUNG

Das bedeutet keineswegs, dass ab sofort alle, die einen deutschen Pass haben wollen, nur mehr Weißwürste essen und Weißbier trinken müssen, aber unser Wertefundament ist breiter als die ersten 20 Artikel unseres Grundgesetzes. Es werden auch keine deutschen Feiertage abgeschafft, um stattdessen welche aus anderen Religionen neu einzuführen. Das ist ein klarer Standpunkt.

Im Gegensatz dazu will Rot-Rot-Grün die Mehrstaatlichkeit dauerhaft beibehalten. Die Kinder erhalten ab Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft und diejenige des Herkunftslands der Eltern. Bis zum Jahr 2014 musste sich spätestens mit 24 Jahren jede und jeder mit einem Doppelpass für ein Land entscheiden. Damals wurde diese sogenannte „Optionspflicht“ abgeschafft.

Seither können in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern auch beide Staatsangehörigkeiten behalten. Voraussetzung dafür ist, mindestens acht Jahre hier gelebt oder sechs Jahre hier die Schule besucht zu haben. Und der Doppelpass kann sogar vererbt werden. Nachfolgende Generationen dürfen ebenso beide Staatsangehörigkeiten besitzen. R2G will das so beibehalten. Multikulti bleibt also das präferierte Programm der links angesiedelten Parteien im demokratischen Spektrum.

KOOPERATIONSVEREINBARUNGEN MIT STAATEN

Der Gegenentwurf in der Union sieht spätestens in der Enkelgeneration einen harten Schnitt vor. Sie müssen sich für ein Land entscheiden. Und für die Fälle, in denen sich die doppelte Staatsangehörigkeit nicht vermeiden lässt, soll mit



„Der deutsche Pass ist kein Ramschartikel. Wer als Kind ausländischer Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen will, sollte klar zeigen, dass er sich zu unseren Werten und Prinzipien bekennt.“

Andreas Scheuer
Generalsekretär CSU

dem jeweiligen Land eine Kooperationsvereinbarung getroffen werden. Wenn die Länder nicht kooperieren, will die CSU die verbindliche Optionspflicht wieder einführen.

Weitgehende Einheit herrscht bei einer Frage zur Integration in ein Land: Das Erlernen der Sprache ist essenziell. Das war nicht immer so, denn die CSU wurde für diese Forderung zunächst vor allem von den Grünen gescholten. Heute ist es Konsens. Eng mit der Sprache geht die Bildung einher. Und da liegen Union und R2G meilenweit auseinander. „Ich möchte, dass Deutschland das weltweit stärkste Land in der Bildung wird“, fordert Martin Schulz plakativ. Da könnte man spontan zustimmen. So schlecht steht Deutschland aber nicht da, denn seit Angela Merkel Bundeskanzlerin ist, sind die Bildungsausgaben in Bund und Ländern so hoch wie noch nie. Blickt man also hinter Schulz' plakative Forderung, schaut es schon anders aus.

BILDUNGS-AUSGABEN SEIT MERKEL HOCH WIE NIE

Der SPD-Mann will das Kooperationsverbot aufbrechen. Dieses besagt, ➔

Doppelte Staatsbürgerschaft in Europa

Die Diskussion über den Doppelpass in Deutschland ist mit dem türkischen Verfassungsreferendum neu aufgeflammt. Der baJUwarte blickt über die Grenzen. Wie wird das Thema in anderen europäischen Ländern gehandhabt?

Schweden
Die schwedische Staatsbürgerschaft wird seit 2001 bei einem Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit nicht aberkannt. Auch der Erwerb der schwedischen Staatsangehörigkeit bei Beibehaltung der bestehenden ist möglich. Schwedische Staatsbürger, die eine weitere Staatsangehörigkeit haben, im Ausland geboren wurden und nie in Schweden gelebt oder anderweitig eine Verbundenheit zu dem Land haben, verlieren ihre schwedische Staatsangehörigkeit. Dies schließt auch deren Kinder mit ein, sofern diese nicht durch den anderen Elternteil Anspruch auf die schwedische Staatsangehörigkeit haben.

Dänemark
Die dänische Staatsbürgerschaft wird seit 2015 beim Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit nicht aberkannt. Auch der Erwerb der dänischen Staatsangehörigkeit bei Beibehaltung der bestehenden Staatsbürgerschaft ist möglich.

Belgien
Seit dem 28. April 2008 erlaubt Belgien die Annahme anderer Staatsangehörigkeiten ohne Verlust der belgischen.

Luxemburg
Seit 2008 erlaubt Luxemburg die mehrfache Staatsangehörigkeit. Auch der Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit bei Beibehaltung der bestehenden ist erlaubt.

Schweiz
Das Bürgerrecht der Schweiz ist von der Annahme einer anderen Staatsangehörigkeit nicht betroffen.

Finnland
Die finnische Staatsbürgerschaft wird seit 1. Juni 2003 bei einem Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit nicht aberkannt. Auch der Erwerb der finnischen Staatsangehörigkeit bei Beibehaltung der bestehenden ist möglich. Finnische Staatsbürger, die eine weitere Staatsangehörigkeit haben, im Ausland geboren wurden und bis zum 22. Lebensjahr nicht mindestens sieben Jahre in einem nordischen Land gelebt haben oder anderweitig eine Anbindung an Finnland haben, können ihre finnische Staatsangehörigkeit an ihrem 22. Geburtstag verlieren.

Österreich
Österreicher verlieren im Allgemeinen die österreichische Staatsbürgerschaft, wenn sie eine andere Staatsbürgerschaft annehmen. Jedoch kann eine Beibehaltungsgenehmigung erteilt werden, wenn dies im Interesse der Republik Österreich liegt oder im Privat- und Familienleben des Antragstellers „berücksichtigungswürdige Gründe“ vorliegen.

Liechtenstein
Liechtenstein erlaubt seinen Staatsangehörigen den Erwerb weiterer Staatsangehörigkeiten. Wer sich in Liechtenstein einbürgern lassen will, muss hingegen auf seine bisherige Staatsangehörigkeit verzichten.

Welche Nationalitäten besitzen die doppelte Staatsbürgerschaft?



Beibehaltung der Staatsbürgerschaft bei Erwerb einer weiteren

Wer dauerhaft im Ausland lebt, kann grundsätzlich die dortige lokale Staatsbürgerschaft (z. B. australische Staatsbürgerschaft) annehmen. Ob dann der Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit eintritt, hängt von den gesetzlichen Rahmenbedingungen im jeweiligen Land ab.

Quelle: wikipedia.de

UMVERTEILUNGSSTAAT VERHINDERN GERECHTE STEUERPOLITIK FÖRDERN

→ dass der Bund sich nicht in die Bildungspolitik einmischt. Die ist nämlich Ländersache. Dieses Kooperationsverbot ist auch der Grund für das europaweit hohe Ansehen des bayerischen Bildungssystems. Martin Schulz will zentrale Zuständigkeiten an den Bund übertragen, um mehr Einfluss ausüben zu können.

Da hört man dann Vorschläge wie die Schulsozialarbeit auszuweiten, um Schülern, die Probleme haben, eine Gesprächsmöglichkeit zu geben oder die Bildung von der Kita bis zum Master oder Meister gebührenfrei zu machen. Schulz predigt von gleichen Chancen für die Schüler – egal aus welchem sozialen Umfeld sie stammen. Dabei handeln seine Parteifreunde gänzlich anders.

SPD REDET NUR VON BILDUNGSSCHANCEN

Nachdem die SPD auch in zahlreichen Ländern die zuständigen Minister für

Bildung stellt, darf man an dieser Stelle getrost fragen: Warum setzt ihr in eurer Verantwortung das vorbildliche Handeln, das euer Spitzenkandidat fordert, nicht endlich um? In Ländern, in denen die Union den Bildungsminister stellt, funktioniert das auch (siehe Grafik unten).

In Bayern jedenfalls ist die gezielte Förderung von Kindern, Jugendlichen und Facharbeitern erfolgreich. Der Meisterbonus ist dafür nur ein Beispiel. Für die Junge Union sind in der Bildungspolitik vergleichbare Standards grundsätzlich richtig. „Wir wollen aber, dass man sich am Spitzenreiter orientiert und nicht am Durchschnitt“, sagt JU-Chef Dr. Hans Reichhart. Schließlich wäre ein Zentralabitur mit durchschnittlichem Leistungsanspruch ein Abstieg für bayerische Gymnasiasten. Das kann nicht wirklich der Wunsch der SPD sein. Ins gleiche Horn stößt der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages gegenüber dem Tages-

spiegel. Hans-Günter Henneke bezeichnet es als verheerend, „weil fortan die Länder die Last los wären, sich mit eigenen Mitteln um eine konkurrenzfähige Schulinfrastruktur zu bemühen“. Aus seiner Sicht sei das ein Start in den „Wettbewerb der Länder nach unten“.

WENN BILDUNGSGELDER IM HAUSHALT VERSICKERN

Wie weit Reden und Handeln bei der SPD auseinanderliegen, zeigt eine Begebenheit im Zusammenhang mit dem BaFöG. Seit 2015 trägt der Bund die Kosten für das BaFöG alleine. Damit werden die Länder um 1,17 Mrd. Euro

pro Jahr entlastet. Bis Ende 2014 teilten sich Bund und Länder die Kosten im Verhältnis 65:35. Während die Unionsgeführten Länder diese freigewordenen Mittel tatsächlich für Bildung und innovative Angebote im Bildungsumfeld verwenden, versickern die Milliarden in vielen SPD-geführten Ländern im Haushalt. Sie wurden zweckentfremdet.

Überhaupt ist der Umgang mit Geld bei der SPD ein Kapitel für sich. Das CSU-Urgestein Franz Josef Strauß ließ sich gerne so zitieren: „Eher legt sich ein Hund einen Salamivorrat an, als dass die eine einmal eingeführte Steuer wieder abschaffen.“ Und so wundert es nicht, dass die SPD den Soli – auch mehr als 25 Jahre nach der Deutschen Einheit – nicht komplett abschaffen will, sondern nur für untere und mittlere Einkommen. Grüne und Linke wollen ihn gar beibehalten.

Im Falle einer Regierungsübernahme will R2G nach September die Umverteilungsmaschinerie anlaufen lassen. Spitzensteuersatz auf 45 Prozent (SPD) oder gar die Vermögensteuer für Superreiche, verfassungsrechtlich höchst problematische Steuerensenkung für niedrige und mittlere Einkommen, während schon die überdurchschnittlichen Einkommen wie von Facharbeitern oder Ingenieuren stärker besteuert werden.

ROT-ROT-GRÜN BEDEUTET UMVERTEILUNG

Wer Jahreseinkünfte von 76.472 Euro oder mehr hat, zählt heute zu den oberen zehn Prozent bei den Einkünften. Diese zehn Prozent zahlen mit 55,5 Prozent weit mehr als die Hälfte des gesamten Einkommensteueraufkommens. Und genau diese Gruppe will R2G noch mehr belasten. Das linke Spektrum will „denen da oben“ ans Portemonnaie. Wenn das mal keine Klientelpolitik ist.

Es erinnert fast an die Zeiten, als die Kaiser und Könige samt ihren Fürsten das Sagen in Europa hatten. In Frankreich stürzte man die Blaublüter in einer Revolution. In Deutschland ging es weit friedlicher ab. Die populistische

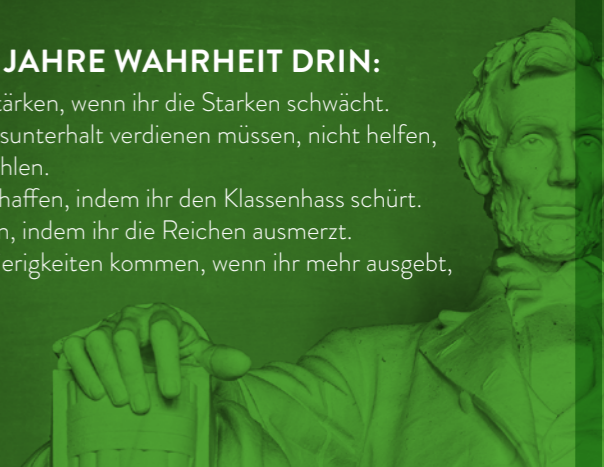
Forderung, „denen da oben“, also den Spitzenverdienern, mehr Steuern abzugeben steht aber wieder im Raum. Sie greift allerdings zu kurz.

nen Klassenkampf anzuschüren, sondern lieber Ungerechtigkeiten abzustellen, die sich im Steuersystem eingebürgert haben. Das fängt bei der kalten Progression

DA STECKEN ÜBER 150 JAHRE WAHRHEIT DRIN:

Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, wenn ihr die Starken schwächt.
Ihr werdet denen, die ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, nicht helfen, indem ihr die ruiniert, die ihn bezahlen.
Ihr werdet keine Brüderlichkeit schaffen, indem ihr den Klassenhass schürt.
Ihr werdet den Armen nicht helfen, indem ihr die Reichen ausmerzt.
Ihr werdet mit Sicherheit in Schwierigkeiten kommen, wenn ihr mehr ausgibt, als ihr verdient.

Abraham Lincoln
16. Präsident der
Vereinigten Staaten von Amerika



Es ist wohl unbestritten, dass die Gutverdiener ein gutes Auskommen mit ihrem Einkommen haben. Dennoch muss man auch hinter die Fassade blicken. Tragen nicht gerade auch sie eine große Verantwortung? Das Vermögen steht nur in den seltensten Fällen uneingeschränkt zur Verfügung. Viel häufiger stecken sie es in die Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und damit für das Einkommen von Mitarbeitern und deren Familien sorgen.

STEUERERHÖHUNGEN SIND MIT DER UNION NICHT DRIN

Aus Sicht der Union soll sich Leistung lohnen. Daher geht es weniger darum, ei-

an und hört damit auf, dass Steuererhöhungen in der aktuellen Konjunkturlage den Menschen im Land erspart werden müssen.

Der „kleine Mann“ wird in diesen Wahlkampfzeiten oft als Paradebeispiel angeführt. Auf ihn konzentriert sich auch die Union mit der Erhöhung des Kinderfreibetrages und einem Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer. Der Unterschied zu R2G: Die Vorschläge von CDU und CSU zielen auf einen Langfristeffekt ab, weniger auf die bloße Umverteilung. Denn wer sich zum Beispiel Wohneigentum schafft, hat mittelfristig mehr davon.

Der Weg der Union ist ein Dreiklang aus Entlastung, zielgerichteter Investition und dem Abbau der Staatsschulden. Gerade der JU liegt daran, dieses Thema auch auf Bundesebene konsequent voranzutreiben. Schließlich hat der Bund jetzt die höchsten Steuereinnahmen in seiner Geschichte. Wenn nicht jetzt, wann dann?

Und Imri? Er würde sich wohl für den deutschen Pass entscheiden und weiterhin in Bayern leben. Schließlich gefallen ihm die bayerische Kultur und auch die Weltoffenheit der Bayern mit ihrem „Leben und leben Lassen“, die Jobaussichten und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Chancen für seine Familie im Bereich der Bildung und die konsequente Politik des Schuldenabbaus. ■

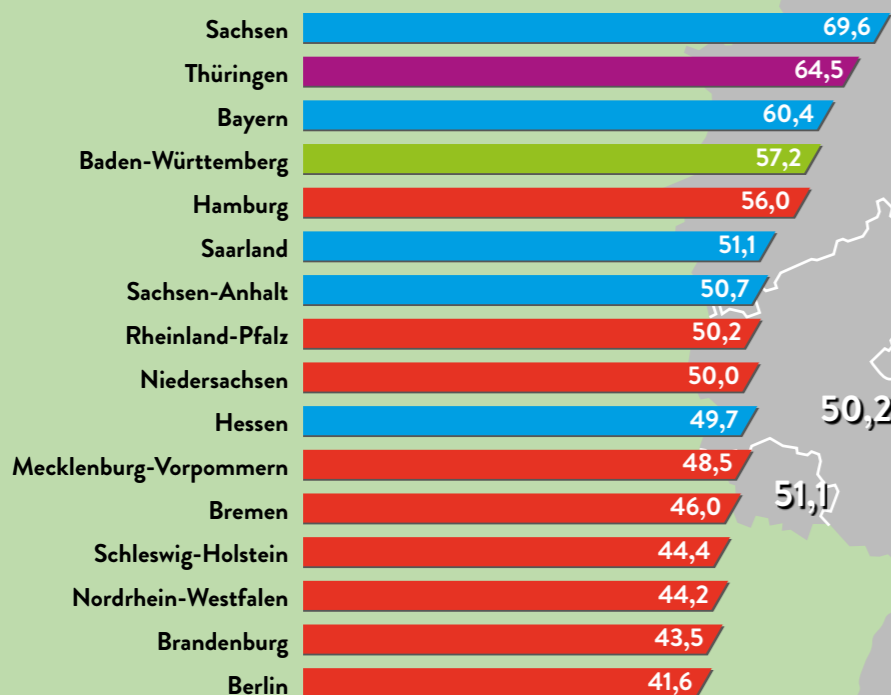


„Ein zentrales Abitur bedeutet für Bayerns Schüler ein Downgrade. Und das wollen wir sicher nicht.“

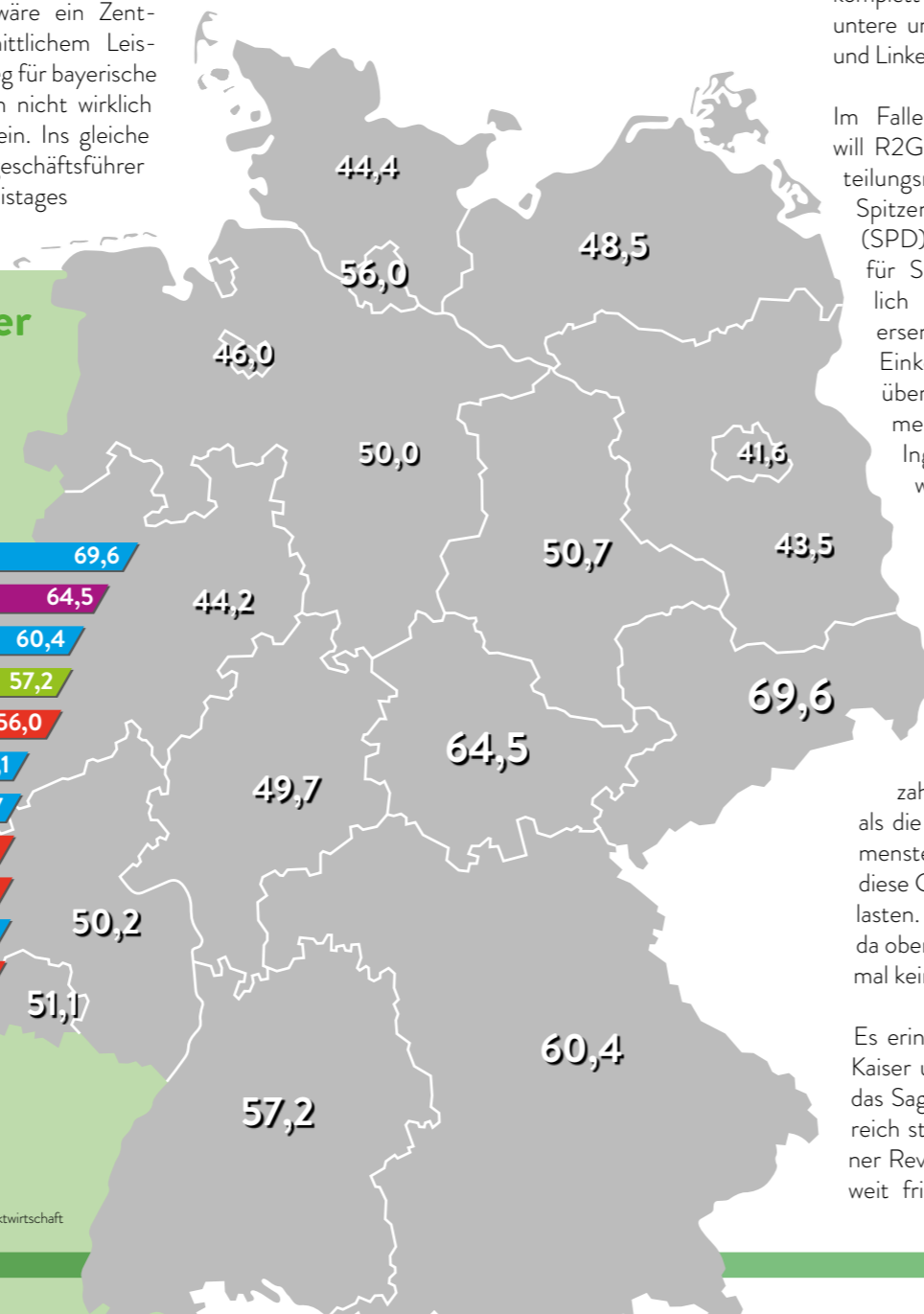
Dr. Hans Reichhart, MdL
Vorsitzender Junge Union Bayern

Bildungsvergleich der Bundesländer

So schnitten die Bundesländer laut Bildungsmonitor 2016 ab. In Farbe hinterlegt ist die jeweilige Partei des damals regierenden Ministerpräsidenten. Nachdem Bildung Ländersache ist, hätte die SPD in den von ihr regierten Ländern schon lange für bessere Bildung sorgen können.



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln/Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft



POLITIK IN 60 SEKUNDEN

NATO-AUSSTIEG

WER BRAUCHT SCHON FREUNDE?!

Das Nordatlantische Verteidigungsbündnis, die NATO, war im Kalten Krieg der Garant für Deutschlands Überleben. Dass die Linken nichts von der NATO halten, ist daher nichts Ungewöhnliches. Sahra Wagenknecht betont ja fast bei jeder sich bietenden Gelegenheit, wie schlecht dieses Friedensbündnis sei. So sei die NATO nur ein Mittel für noch mehr Krieg auf der Welt und würde uns zu Bittstellern der USA machen. Die Linke steht mit dieser Einschätzung aber nicht allein da. Auch die SPD-Linke liebäugelt mit einem Ausstieg Deutschlands aus dem Militärbündnis. Man mag auf der einen Seite froh sein, dass es diese abstruse Forderung nicht ins Wahlprogramm der Sozialdemokraten geschafft hat. Auf der anderen Seite verdeutlicht diese Forderung aber ganz deutlich,

dass die weltfremden Anschauungen der Linken auch in Teilen der SPD salonfähig sind. Da mag man sich gar nicht vorstellen, was R2G so alles zusammen umsetzen würde.



HARTZ-IV-REFORM ZURÜCKDREHEN NICHT GANZ BEI SINNEN!

Die SPD glänzt im Bundestag ja selten mit sinnvollen und konstruktiven Vorschlägen. Was aber der letzte sozialdemokratische Kanzler Gerhard Schröder angepackt hat, war mutig. Deutschland war zur Jahrtausendwende „der kranke Mann Europas“: hohe Arbeitslosigkeit, geringes Wirtschaftswachstum und hohe Staatsausgaben. Die notwendigen Reformen haben die deutsche Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig gemacht: Nun sind die Auftragsbücher voll und Fachkräfte dringend gesucht. Noch nie waren so viele Menschen in Deutschland



sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Und die Arbeitslosigkeit hat sich seit der Arbeitsmarktreform fast halbiert. Man könnte meinen, jeder hätte verstanden: Das war gut! Doch weit gefehlt. Der selbst ernannte Kanzlerkandidat Schulz und Teile des linken SPD-Flügels stören sich offenbar am wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik und wollen den Jobmotor Deutschland bremsen. Selbst die Einführung der Flexi-Rente finden die Sozialdemokraten schlecht. Für den Bürger nicht verständlich – die sind nicht ganz bei Sinnen!

KURZ VOR DER BUNDESTAGSWAHL VERLIERT DIE SPD DIE NERVEN

MARTINS PANIKWAHLKAMPF



Es ist nicht das Jahr der SPD: drei verlorene Landtagswahlen und ein Absturz in den Umfragewerten zur Bundestagswahl. Und jetzt finden auch noch im vormals SPD-regierten Niedersachsen vorgezogene Neuwahlen statt. Die Union arbeitet dafür, dass auch im September klare Verhältnisse herrschen und es eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung gibt. Aber der Wahlkampf der SPD ist bislang nicht das Gelbe vom Ei. Der Hype um den Kandidaten Schulz nach dessen Nominierung ist längst abgeflacht, die Umfragewerte wieder auf niedrigem Niveau. So was geht natürlich an die Substanz. Das erklärt auch die aktuellen Vorfälle im

Willy-Brandt-Haus. So erklärte Schulz in einem Interview, dass er nach der Wahl definitiv als Oppositionsführer zur Verfügung steht. Anscheinend hat er selbst die Hoffnung auf einen Wahlsieg fallen lassen.

Zu den G20-Ausschreitungen äußerte er sich nur spärlich, um niemanden zu vergraulen. Ähnlich verwunderlich ist sein Verhalten in Bezug auf das Regierungsdossier in Niedersachsen. Dort mischt er sich erst gar nicht ein. Aber sollte man das von einem vermeintlichen Spitzenkandidaten nicht erwarten können? Stattdessen schickt er seinen Fraktionschef Oppermann, den Generalsekretär Heil und

Ralf Stegner als Rammbock vor, die mit haarsträubenden Äußerungen persönliche Entscheidungen kritisieren. Ihren eigenen unterirdischen Facebook-Post über den Fraktionswechsel der grünen Abgeordneten Elke Twesten hat die SPD mittlerweile, nach einem „Shitstorm“, wieder gelöscht. In der VW-Krise hat Schulz emotionslose Worte gewählt, statt Antwort auf die Frage zu geben, wie die SPD in Niedersachsen in diesen Skandal verwickelt ist. Dass er hier ganz offensichtlich den Fragen der Öffentlichkeit ausweicht, ist laut einer Umfrage auch für die Wähler entscheidend, die davon Auswirkungen auf das Wahlergebnis erwarten.

EUROPAS LINKE UND DIE EUROBONDS DIE RECHNUNG GEHT AUF UNS

Mit dem Sieg von Emmanuel Macron in Frankreich haben die europafreundlichen Kräfte gegen die nationalistischen gewonnen. Das ist eine gute Nachricht. Doch nicht alles, was glänzt, ist Gold. Macron steht für eine Vergemeinschaftung der Schulden in Europa. Das ist für die Länder, die derzeit hoch verschuldet sind, gut. Vor allem die Südstaaten Europas wie Italien, Spanien und Griechenland sind deshalb von der Idee begeistert. Im Zuge der Finanzkrise haben sich diese Länder hoch verschulden müssen, um die maroden Banken im Land über Wasser zu halten. Deutschland zahlt für seine

Schulden derzeit geringe Zinsen. Dadurch konnte der Staat im vergangenen Jahr 47 Milliarden Euro einsparen. Wenn die Schulden der europäischen Nationalstaaten nun vergemein-

schaftet würden, müsste Deutschland für die Schulden der anderen haften. Folglich würde auch der Zins, für den sich der Staat Geld leihen kann, steigen. Laut einer Studie eines US-Investmenthauses würde dies Deutschland etwa 20 Milliarden Euro kosten. Die Mehrzinsausgaben würden dabei mit rund 20 Prozent zu Buche schlagen. Doch dieser Vorschlag schafft völlig falsche Anreize. Es ist nicht logisch, warum wir für die Fehler der anderen Staaten haften sollten. Die CSU ist deshalb auch weiterhin gegen Eurobonds und Vergemeinschaftung der Schulden in Europa.



POLITIK

4/5

POLITIK IN 60 SEKUNDEN

6-11

ZWISCHEN IDEOLOGIE UND TRÄUMEREI

12/13

R2G GRUSELKABINETT

LIFESTYLE

14/15

CITIESARECALLING

VERBAND

16/17

JU - 4BERLIN



Schauen Sie sich das Magazin auch von der anderen Seite an.

Bildnachweis von hinten: AdobeStock (4, 8, 12, 13), Andrea Nahles/BMAS/Werner Schuering (12), Andreas Scheuer (8), Anton Hofreiter/Tibor Bozi (12), baedeker.com (15), campingshop-24.de (15), Cem Özdemir (13), Claudia Roth/Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion (13), Dietmar Bartsch/DiG/TRIALON Thomas Kläber (12), dm.de (15), Heiko Maas/photothek/Thomas Köhler (12), Junge Union Bayern (11), Jürgen Trittin/Laurence Chaperon (13), Katharina Barley/Bundesregierung/Steffen Kugler (12), Katja Kipping/Anke Illing, www.photocultur.de (13), Katrin Albsteiger (3), Katrin Göring-Eckardt/H. Weber (13), laufundberg.de (14, 15), Martin Schulz/Susie Knoll (12, 13), Ralf Stegner/Susie Knoll (13), regenschirm-versand.de (15), Renate Künast/Laurence Chaperon (13), Sahra Wagenknecht/Nicole Teuber (12), shutterstock.com (1, 3, 5, 6, 7, 9, 10, 11), Sigmar Gabriel/Auswärtiges Amt (12), Simone Peter/Laurence Chaperon (13), soehngen.com (14), Sophia Hauswurz (14), Thomas Stözl (14), Tim-Andre Hofmann (15), triposo.com (14), Tobias Zech (3), vscoco/store/app (14)



Liebe Freunde,

die SPD will die politischen Koordinaten unseres Landes nach ganz linksaußen verschieben. Es geht ihr dabei nicht um Ideen oder gar die Zukunft unserer Generation. Sondern es geht schlicht um den Drang nach Macht. Der SPD-Kandidat Martin Schulz will unbedingt regieren. Und er wird nicht zögern, gemeinsam mit den Grünen und der SED-Nachfolgepartei Die Linke eine neue Bundesregierung zu bilden. Als junge Generation sind wir in diesem Wahlkampf besonders gefordert. Wir müssen den Bürgern klar machen, was eine rot-rot-grüne Regierung für Deutschland bedeutet.

Deutschland steht somit vor einer Schicksalswahl: Auf der einen Seite steht die Union mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und unserem schwarzen Sheriff Joachim Herrmann. Wir stehen für Sicherheit, Verlässlichkeit, Stabilität und generationengerechte Politik. Auf der anderen Seite stehen Martin Schulz, Claudia Roth und Sahra Wagenknecht. Sie stehen für höhere Steuern, unregelte Zuwanderung und eine Außenpolitik ohne Kompass.

Linke Parteien haben kein Interesse an unserer Zukunft. Sie wollen lieber mit neuen Schulden, die wir abzahlen müssen, veraltete Strukturen aufrechterhalten, anstatt mutig neue und notwendige Wege zu gehen. Der Staat ist für sie hauptsächlich Umverteilungs- und auch Selbstbedienungsinstrument. Wo die Union junge Menschen ermutigen will, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen und eine Familie zu gründen, setzen sie auf Bevormundung und einen Super-Nanny-Staat, der alles besser weiß.

Wir sind die Spitzenkandidaten der Jungen Union Bayern. Gemeinsam mit 20 weiteren JU-Lern, die für den Bundestag kandidieren, wollen wir unser Land voranbringen. Es zeichnet unsere Generation aus, dass wir eben nicht anderen das Handeln überlassen wollen, sondern dass wir selbst anpacken. Gemeinsam mit euch allen werden wir im Wahlkampf alles geben. Wir kämpfen für eine starke Junge Union im Bundestag, für frische Ideen, für unsere Zukunft. Seid dabei! Zeigen wir den Linken, dass an der Jungen Union Bayern kein Weg vorbeiführt. Wir freuen uns, mit euch für ein starkes Bayern in Berlin zu kämpfen.

Beste Grüße

Tobias Zech, MdB

Katrin Albsteiger, MdB



ANZEIGE



K3 Kongress Kommunale Kommunikation Social Media Kommune 4.0

Ist unsere **Kommune** fit für die **DIGITALE TRANSFORMATION?**

Echokammern Smart Country Führungskultur 4.0

E-Government Bürgerbeteiligung

Antworten auf diese und weitere Fragen beim

2. Kongress Kommunale Kommunikation
Donnerstag, 5. Oktober 2017 | 9.30 - 16.30 Uhr | Hemau | www.ka-drei.de

Kongresspartner



BAJUWARE ONLINE
derbajuware.de/ePaper
MIT VIELEN EXTRAS!

bajuware

Das Magazin der Jungen Union Bayern

Zwischen Ideologie und Träumerei



WARUM WIR
EINE LINKE REPUBLIK
VERHINDERN MÜSSEN

S. 6

STÄDTETRIPPS 14

R2G GRUSELKABINETT 12

POLITIK IN 60 SEKUNDEN 4



02|17 - 2€